

1. Das Ende der SED-Diktatur

Bevor über die Rolle der ÖTV in der DDR im Zusammenhang mit der Auflösung des FDGB und dem Aufbau neuer autonomer DDR-Gewerkschaften gesprochen werden kann, muss der Zerfall der SED-Herrschaft betrachtet werden. Nur im Kontext der „friedlichen Revolution“ wird die gewerkschaftliche Entwicklung in der DDR der Wendezeit verständlich. Dem Ende der SED wiederum ging der Selbstauflösungsprozess kommunistischer Diktaturen vor allem in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn voraus.

Glasnost und Perestroika

Am 11. März 1985 wurde Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU ernannt. Er wollte das Beste für seine Partei, für sein Land und für das sowjetische Imperium. Doch als er abtrat gab es keine KPdSU mehr, sie wurde am 24. August 1991 vom Obersten Sowjet verboten, es gab keine UdSSR mehr, sie wurde am 31. Dezember 1991 für beendet erklärt, und es gab auch keine DDR oder andere sowjetische Satellitenstaaten in Mitteleuropa mehr. Ein welthistorisches Experiment, das einst fast rund um den ganzen Globus große Hoffnungen geweckt hatte, war gescheitert.

Schon am 3. Juli 1986 wurde im Politbüro der KPdSU eine folgenschwere Erkenntnis artikuliert:

„Uns allen ist bewusst, dass unsere Beziehungen zu den sozialistischen Ländern in eine neue Etappe eingetreten sind. Wie es war, so kann es nicht weitergehen. Die Methoden, die wir gegenüber der Tschechoslowakei und Ungarn anwendeten, sind unannehmbar (...) Wir können keine administrative Methode in der Führung der Freunde anwenden ... das bedeutet nämlich, dass wir sie uns auf den Hals laden.“¹

Im Kern bedeutete dies die Abkehr von der Breshnew-Doktrin, die eine Intervention androhte, sollte ein sozialistisches Land sich der „Restauration der kapitalistischen Ordnung“ zuwenden wollen.

Die Bestandsaufnahme und Analyse der obersten Ökonomen, Politiker und Militärs der Sowjetunion hatte vor dem Hintergrund der eigenen ökonomischen Krise zu einer Neubewertung des Nutzens der Satellitenstaaten für das Imperium geführt. Ihre maroden sozialistischen Volkswirtschaften waren wirtschaftlich abhängig von Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion und zunehmend im Westen verschuldet. Dies ließ es ratsam erscheinen, nicht auch noch für die Sanierung dieser Gesellschaften und zur Herrschaftssicherung ihrer altersstarrten Eliten zur Kasse gebeten und zur Verantwortung gezogen zu werden. Zudem würde ihr geopolitischer und militärstrategischer Nutzen schwinden, wenn es gelänge, eine Verständigung mit den Amerikanern (und dem Westen) herbeizuführen.

Der Sowjetführung war zu diesem Zeitpunkt auch klar geworden, dass sie sich im Rüstungswettlauf übernommen hatte. Durch eine Reduzierung der Militärausgaben hoffte

1 Zit. n. György Dalos, Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, München 2009, S. 88.